

WÄHLERMARKT UND KOALITIONSMARKT

DER STRATEGISCHE ZIELKONFLIKT IM DEUTSCHEN
PARTEIENWETTBEWERB

Hans Jörg Hennecke

DIE NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT

An die Stelle des Zweieinhalb-Parteien-Systems, das die alte Bundesrepublik zwischen 1961 und 1983 prägte, ist schon seit längerem ein Mehrparteiensystem getreten, das eine Annäherung an die Normalität vieler europäischer Staaten bedeutet. Bereits in der Spätphase der alten Bundesrepublik erschwerten die Entstehung der Grünen und das gelegentliche Auftauchen rechtsradikaler oder rechtspopulistischer Parteien manche Regierungsbildung auf Landesebene. Erst recht nach der Wiedervereinigung wurde das Parteiensystem komplizierter und unberechenbarer: Werthaltungen und Wahlverhalten in Ost und West weisen nach wie vor deutliche Unterschiede auf, rechtsradikale bis rechtsextremistische Parteien können in Ostdeutschland ein beachtliches Wählerpotential mobilisieren und insbesondere blieb die SED kein postdiktatorisches Übergangsphänomen, sondern behauptete sich unter mehrfachen Namenswechseln als Milieu- und Protestpartei in Ostdeutschland. Durch die Fusion mit der WASG, die als Protestpartei Altlinke und enttäuschte Sozialdemokraten in Westdeutschland sammelte, wurde sie inzwi-

schen zu einer gesamtdeutschen Kraft. In Westdeutschland bietet der Wählermarkt zudem einem breiten Spektrum von radikalen, populistischen oder eher lokalpolitisch motivierten Parteien (DVU, Republikaner, STATT-Partei, Arbeit für Bremen, PRO/„Schill-Partei“) Gelegenheiten für zumindest punktuelle Erfolge.

Dass sich in der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahrzehnten ein regional differenziertes Mehrparteiensystem herausgebildet und das lange Zeit prägende System von zwei Großparteien mit einer, später zwei Kleinparteien abgelöst hat, schafft neue Bedingungen für den bislang recht überschaubaren und berechenbaren Parteienwettbewerb auf Länder- und Bundesebene. Die neue Unübersichtlichkeit eines Parteiensystems mit fünf, sechs oder mehr Parteien erhöht die Anforderungen an die Strategiefähigkeit¹ von Bürgern und Parteien: Wahlergebnisse werden mehrdeutiger, etabliertes Lagerdenken wird in Frage gestellt, die Akteure werden zu unkonventionellen, riskanten und bisweilen auch ungewollten Regierungsbildungen gezwungen. Gegenüber der bisher in der Bundesrepublik vorherrschenden Praxis ergeben sich hieraus vor allem zwei auffällige Konsequenzen. Zum einen verändert sich in einem unübersichtlichen Mehrparteiensystem der Charakter von Regierungen und Koalitionen, zum anderen bilden sich mit Wählermarkt und Koalitionsmarkt zwei unterschiedliche Arenen des Parteienwettbewerbs heraus. Beide Märkte stehen in Wechselwirkung zueinander und können die Parteien in Zielkonflikte zwischen Stimmenmaximierung und Mehrheitsbildung stürzen.

REGIERUNGSKULTUR IM WANDEL: DIE NEUEN PATCHWORK-KOALITIONEN

Die allmähliche Ausdifferenzierung des Mehrparteiensystems hat in der Bundesrepublik eine Ära der koalitionspolitischen Experimente eingeläutet, die in einzelnen Bundesländern schon in den 1980er Jahren begann (v.a. Hessen 1983 bis 1987) und sich in den 1990er Jahren fortsetzte (Brandenburg 1990 bis 1994, Bremen 1991 bis 1995, Sachsen-Anhalt 1994 bis 2002, Mecklenburg-Vorpommern 1998 bis 2006, Hamburg 2001 bis 2004). Auf Bundesebene hätte diese Situation schon deutlich früher als bei der Regierungsbildung 2005 auftreten können, wenn nicht bei den Bundestagswahlen von 1994 und 2002 die jeweils amtierenden Bundesregierungen dank einiger Überhangmandate knapp bestätigt worden wären.

In Zukunft sind zwar auf Bundesebene bevorzugte Zweierkoalitionen nicht völlig ausgeschlossen und weiterhin wird es etliche Bundesländer geben, in denen dank der dominierenden Stellung einer Volkspartei Alleinregierungen oder zumindest bevorzugte Zweierkoalitionen der Regelfall bleiben werden. Aber Parteien und Wähler müssen sich darauf einrichten, dass im Bund und in den Ländern jenseits der üblichen und erprobten Koalitionsmuster ein breites Spektrum von Koalitionsoptionen und Koalitionswängen auftreten wird. Große Koalitionen, Drei- bis Vierparteienkoalitionen, Tolerierungsmodelle, vorübergehende oder auf Dauer angelegte Minderheitsregierungen werden an Bedeutung gewinnen, mögen sie auch noch so wenig zur politischen Kultur der stabilitätsverwöhnten Bundesrepublik passen und die bisherigen Erfahrungen mit solchen Experimenten auch noch so enttäuschend ausgefallen sein. Die Große Koalition, die 2005 auf Bundesebene gebildet wurde, muss kein Betriebsunfall sein, sondern könnte mit all ihren Strukturproblemen zu einem Fanal für entscheidungsschwache und fragile Koalitionen der Zukunft werden. Wie sehen diese Koalitionen der Zukunft aus?

An die Stelle von Koalitionen der Willigen werden häufiger Koalitionen von Unwilligen treten, die durch komplizierte Wahlergebnisse erzwungen werden. Selbst der Ausweg einer Großen Koalition muss nicht immer offen stehen: In einigen Großstädten und sogar in einzelnen Bundesländern wie Berlin oder Sachsen laufen SPD und Union Gefahr, gemeinsam keine Mehrheit mehr bilden zu können, da zumindest eine der beiden Großparteien ihren Anspruch als Volkspartei nicht einlösen kann. Wenn aber die Mehrheitsverhältnisse komplizierter werden, müssen alle Parteien über die Erweiterung ihrer Koalitionsoptionen nachdenken und sich auf den Umgang mit ungewollten Koalitionswängen einstellen. Parteien können unversehens in die Lage geraten, die irritierende Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Koalitionssituationen in Bund, Ländern und Kommunen kommunikativ und programmatisch bewältigen zu müssen. Solche Situationen verlangen von ihnen einen großen politischen Spagat und die Fähigkeit, sich begrenzt schizophoren zu verhalten, ohne dass Integrationskraft, Glaubwürdigkeit und Konsistenz allzu sehr leiden.

Nicht nur wird die Vielfalt der Koalitionen zunehmen, sondern Koalitionen in Bund und Ländern werden auch häufiger auf prekären Mehrheiten beruhen und deshalb eine durchschnittlich kürzere Lebensdauer aufweisen. Der Vergleich zur alten Bundesrepublik zeigt, dass bereits in den 1990er Jahren in westdeutschen ebenso wie in ostdeutschen Bundeslän-

dern die Zahl der Regierungs- und Koalitionswechsel deutlich zugenommen und die Lebensdauer von Regierungen abgenommen hat. Die größere Volatilität des Wählerverhaltens hat dazu ebenso beigetragen wie die gelegentliche Einbindung von schnelllebigen Protestparteien (STATT-Partei, PRO/„Schill-Partei“ in Hamburg 1993 bis 1997 bzw. 2001 bis 2004). Die Chance, ein Koalitionsmodell über mehrere Legislaturperioden hinweg am Leben zu erhalten, wird insgesamt abnehmen.

Unter diesen Bedingungen werden Koalitionen der Zukunft nur noch selten zu historisch-biographischen „Projekten“ stilisiert werden können, wie dies den verschiedenen politischen Generationen der alten Bundesrepublik angelegen war. Nicht mehr integrierte Deutungen von „sozialliberalen“, „rotgrünen“ oder „bürgerlichen“ Koalitionen werden der Regelfall sein, sondern additive Bindestrichdeutungen, in denen jede der Parteien auf eigenständige Profilbildung achten wird. Notgedrungen werden sich diese Koalitionen mit der Aura des Pragmatismus und der Nüchternheit umgeben. Versuche zu einer weiterreichenden Sinnstiftung dürften zwar hin und wieder unternommen werden, vor allem wenn es darum geht, koalitionspolitische Tabubrüche wie beispielsweise die Einbindung der Linken in eine Koalition auf Bundesebene seitens der SPD zu legitimieren. Insgesamt werden solche Versuche aber vordergründige Inszenierung bleiben und nur dann programmatische Substanz haben, wenn eine Stabilisierung über mehrere Legislaturperioden hinweg gelingt, zu signifikanten Politikwechseln führt und das Interesse am gemeinsamen Erfolg wächst.

Solche Koalitionen dürften sich schwer damit tun, gemeinsame Ziele zu definieren und ihren Vereinbarungen einen gemeinsamen Sinn zu geben. Nicht immer werden sie sich auf eine kohärente, alle drängenden Fragen erfassende Regierungspolitik verständigen können. Eine Analogie zu den *leadership*-Begriffen von James MacGregor Burns² bietet sich daher an: Während in der Bundesrepublik bislang *transformational coalitions* dominierten, denen es in wichtigen Themen gelang oder die zumindest den Anspruch formulierten, die je eigenen Programmziele der Partner in gemeinsame Zielsetzungen und Sinnstiftungen zu überführen, wird die Bedeutung von *transactional coalitions* zunehmen. In ihnen werden die Partner eine Art friedliche Koexistenz und Unterstützung auf Gegenseitigkeit im Sinne eines „do ut des“ vereinbaren. Jeder Partner wird versuchen, für sich das Beste herauszuholen und sich wenig um das Gesamtergebnis oder die Befindlichkeiten der Gegenseite scheren.

Koalitionen der Zukunft werden offenkundiger als bisher nur in Teilbereichen handlungsfähig sein. Mehr oder weniger große Themenfelder werden als „blinde Flecken“ aus Koalitionsvereinbarungen und Regierungspolitik ausgeklammert werden, wie dies beispielsweise mit der wichtigen Frage des Flughafenausbaus in der Koalition zwischen CDU und Grünen in der Stadt Frankfurt am Main geschehen ist. Die Partner können sich in solchen Fällen aufs Nichtstun verlegen und jeder für sich abwarten, ob er seine Ziele zu einem späteren Zeitpunkt in einer anderen Koalition durchsetzen kann. Alternativ können die Beteiligten auch die Koalitionsloyalität punktuell außer Kraft setzen und einander zugestehen, dass sie sich über die Grenzen der Koalition hinweg auf die Suche nach themenspezifischen Ad-hoc-Mehrheiten begeben. Koalitionen der Zukunft werden dem Betrachter also kein feinabgestimmtes, harmonisches Muster und keine elegant fließenden Stoffe bieten, sondern buntscheckiges Patchwork aus groben Stoffen, dessen Flicker mit dickem Zwirn notdürftig zusammengeheftet werden und bei dem auch an sensiblen Stellen große Löcher klaffen können.

Ob neue Koalitionsvarianten substantielle Antworten auf die großen Herausforderungen der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- oder Sozialpolitik finden und ausdauernde Reformprozesse bewältigen können, ist fraglich. Neue Koalitionen – beispielsweise eine CDU-Grüne-Koalition in der Umweltpolitik – haben zwar durchaus Potential für innovative, kreative Problemlösungen, da sie etablierte Konflikttriale des Parteienwettbewerbs außer Kraft setzen und neuartigen Konsens ihrer Anhängerschaften erzielen können. Allerdings kann die Wirksamkeit dieses innovativen Potentials durch größere interne Zielkonflikte und heterogenere politische Kulturen bei Programmwartungen und Koalitionsmanagement vermindert werden.

In der Bundespolitik werden die Erfolgchancen neuer Koalitionen auch davon abhängen, inwieweit sie sich auf eine Mehrheit im Bundesrat stützen können: Je vielfältiger die Koalitionsvarianten in den Bundesländern werden, desto seltener werden sich Bundesregierungen der Unterstützung durch die Bundesratsmehrheit sicher sein können. Die Situation im Bundesrat dürfte sich auch nach der Föderalismusreform 2006 eher restriktiv auf die Erfolgchancen von koalitionspolitischen Experimenten im Bund auswirken, da sich derzeit nur unionsgeführte Bundesregierungen auf die Unterstützung des Bundesrats halbwegs verlassen können. Aus Sicht der Union spräche die aktuelle Situation im Bundesrat sogar

eher für eine „Jamaika“-Koalition mit FDP und Grünen als für eine schwarz-grüne Koalition, selbst wenn letztere rechnerisch im Bundestag möglich und politisch gewollt wäre. Neue Bündnisoptionen der SPD hätten überhaupt erst nach einer Kettenreaktion von Koalitionswechseln in den Bundesländern eine Chance auf Rückhalt im Bundesrat, wobei wegen der Lage in den ostdeutschen Ländern eine Bundesratsmehrheit für eine Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei vermutlich eher zu erreichen wäre als für eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP.

Sollte sich das Mehrparteiensystem wiederholt als unfähig erweisen, stabile Koalitionsbildungen hervorzubringen, könnte der Ruf nach Reformen des parteipolitischen Wettbewerbs und der verfassungsmäßigen Institutionenordnung zunehmen. Möglicherweise wächst wegen der schwierigen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene das Interesse der politischen Akteure an einer weiteren Entflechtung des Föderalismus, durch die die Rolle des Bundesrates weiter reduziert wird. Bislang allenfalls in akademischen Zirkeln geführte Debatten über die Stärkung des Bundespräsidenten, die Einführung des Mehrheitswahlrechts³ oder der Direktwahl von Ministerpräsidenten⁴, vielleicht sogar des Bundeskanzlers, könnten lauter und zielführender erfolgen. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin könnten, wie aktuelle Diskussionen bereits zeigen, dabei eine Vorreiterrolle übernehmen. Wenn das Parteiensystem als stabilisierender Faktor der politischen Ordnung ausfällt, gibt es in der Tat plausible Argumente zugunsten einer Präsidialisierung der Regierungssysteme in Bund und Ländern, denn die Einführung von Direktwahlen der Regierungen würde Parteien und Parlamente von der Funktion der kontinuierlichen Mehrheitsbildung entlasten. Negative Folgen der Ausdifferenzierung des Parteiensystems würden damit zumindest teilweise kompensiert.

Auch aus Sicht der Wähler erscheint der Parteienwettbewerb in einem anderen Licht. Instabile Mehrheitsverhältnisse und koalitionspolitische Experimente mit all ihrem publizistischen Schlachtenlärm dürften das Ansehen der Parteien bei den Bürgern auf lange Sicht nicht steigern, sondern zu einer weiteren Entfremdung und Distanzierung der Parteien beitragen. Vor allem aber dürfte die Erweiterung des Parteienspektrums und der Koalitionsvarianten mit einer Selbstentmachtung der Wähler einhergehen. Die Wähler müssen mehr denn je unter einem „Schleier des Nichtwissens“ wählen, weil das Koalitionsverhalten der Parteien vorab unbeschadet von Wahlkampfaussagen nicht verlässlich einzuschätzen ist.

Je mehr Parteien für die Mehrheitsbildung relevant werden und je mehr Koalitionsoptionen existieren, desto aussichtsloser und riskanter wird für den Wähler der Versuch, durch strategische Stimmabgabe zur Stärkung einer bestimmten Koalitionsoption beizutragen. Die Wahlergebnisse werden aus Sicht der Parteien mehrdeutiger werden und keine klaren Botschaften des Wählers zur Regierungsbildung enthalten. Paradoxien sind bei der Regierungsbildung möglich: Auch vom Wähler deutlich gestärkte Parteien, die einen Regierungsauftrag für sich reklamieren, können mangels Koalitionspartner in der Opposition enden, während andere Parteien trotz starker Verluste für die Regierungsbildung unentbehrlich werden können. Wenn Wahlergebnisse uneindeutiger werden, gewinnen die Parteien an Autonomie gegenüber dem Wähler. Der durchschnittliche Wähler wird sich gegenüber den Parteien noch ohnmächtiger fühlen, Anhänger von programmatischen Überzeugungen werden noch häufiger enttäuscht, die Parteien werden noch größere Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Mitgliedern bekommen und mehr denn je nur für Karrierewillige attraktiv sein. Kartelltendenzen, Bedeutungsverlust des ehrenamtlichen Engagements, Rückläufigkeit der Mitgliederzahlen und Professionalisierung der Parteiorganisation sind vor diesem Hintergrund die wahrscheinlichsten Trends.

DER KOALITIONSMARKT ALS STRATEGISCHE ARENA

Mehrparteiensysteme, in denen die Koalitionsoptionen nicht gemäß italienischem Vorbild durch den Zusammenschluss von Parteien zu auf Dauer angelegten Blöcken, Parteifamilien oder Allianzen künstlich verringert werden, stellen die Parteien vor die anspruchsvolle Aufgabe, auf dem Koalitionsmarkt Partner für die Mehrheitsbildung zu finden. Sie müssen als Organisationen größere Flexibilität erlernen und sich zu Multioptionsparteien entwickeln, die auch in noch so überraschenden Konstellationen das Heft des Handelns in die Hand bekommen und auch schwierige Lagen zu ihren Gunsten wenden können. Parteien müssen deshalb parallel zu Wahlkämpfen mehr Ressourcen in die Szenario-Planung stecken, um sich rasch auf komplexe Verhandlungssituationen in zweit- oder drittbesten Szenarien einzustellen und in ihnen vorzeigbare, vertretbare Ergebnisse auszuhandeln.

Taktische Flexibilität bei der Bildung von Koalitionen setzt aber, wenn sie nicht zur puren Beliebigkeit geraten soll, eine Klärung der langfristigen Ziele einer Partei voraus. Nur eine programmatisch selbstbewusste Partei

wird in der Lage sein, Chancen und Risiken von Koalitionen abzuschätzen, die Bildung von Koalitionen überzeugend zu interpretieren und sich in den Entscheidungsprozessen komplexer Koalitionen durchzusetzen. Während die langfristigen Programmaussagen den inneren Kompass für Mitglieder und Anhängerschaft darstellen, lässt sich über aktuelle Themenpositionierungen die Bereitschaft für Koalitionsoptionen signalisieren. Von den Schnittmengen der aktuellen Themenagenden hängt es ab, ob Koalitionsoptionen verwirklicht werden. Angesichts der Kurzlebigkeit und Anfälligkeit von Mehrheiten kommt auf die Parteien eine weitere strategische Herausforderung zu: Sie haben sich nicht mehr die einfache Frage zu stellen, mit welchem Partner sie grundsätzlich ihre Ziele am besten verwirklichen können, sondern müssen über mehrere Koalitionsoptionen hinweg die komplexere Frage beantworten, welche ihrer Programmpunkte sie mit welchem Partner wann am besten durchsetzen können. Parteien müssen darauf eingestellt sein, dass sie während der Dauer eines Programmzyklus auf die Nutzung mehrerer Koalitionsoptionen angewiesen sind und brauchen langfristige Programmaussagen als Reservoir, aus dem Begründungen zu unterschiedlichen Koalitionsentscheidungen geschöpft werden können. Die eigene Programmatik muss ein Arsenal von Begründungen bereithalten, mit denen Koalitionsbildungen, Koalitionsbrüche und Koalitionswechsel glaubwürdig erklärt werden können.

Da bei koalitionspolitischen Experimenten die Gefahr von unlösbaren Kontroversfragen groß ist, wird es aus Sicht der Parteien wichtig, durch die Nutzung unterschiedlicher Koalitionsoptionen Mehrheiten für eigene Programmpunkte zu organisieren. Bestimmte Programmpunkte bereits rechtzeitig in der einen Koalitionsoption im eigenen Sinne entschieden zu haben, kann unter Umständen den Weg in eine andere Koalitionsoption erleichtern, in der sich wiederum andere Schnittmengen für andere Programmpunkte ergeben. Das Wissen um die Möglichkeit, kurz- oder mittelfristig eine andere Koalitionsoption nutzen zu können, kann helfen, den fragmentarischen Konsens in einer bestehenden Koalition anzunehmen. Aus Sicht der Union beispielsweise ist eine spätere Zusammenarbeit mit den Grünen oder der FDP umso unproblematischer, als sie zuvor in einer Großen Koalition kontroverse Fragen der Zuwanderungspolitik bereits halbwegs in ihrem Sinne entschieden hat. Umgekehrt verliert aus Sicht der Grünen eine Koalition mit der Union an Brisanz, da sie den Atomausstieg bereits mit der SPD entschieden haben und ein für sie annehmbarer Status quo geschaffen wurde. Wie die Regierung Merkel am Beispiel der Gesundheitspolitik vorgeführt hat, kann auch die Kunst des

Ausklammerns und des Verlegens auf interimistische Lösungen, die beiden Seiten in Kontroversfragen für spätere Zeiten alle Optionen offen lassen, stabilisierend wirken. Mögen die Ergebnisse inhaltlich auch noch so unbefriedigend sein, können solche Entscheidungsmoratorien die Legitimation für spätere Koalitionswechsel vorbereiten und Gestaltungsspielräume bewahren. Doch eine programmatische Selbstvergewisserung ist die Voraussetzung dafür, dass sich Parteien taktisch klug verhalten und über bloßes Koalitionskrisenmanagement hinaus ihre Gestaltungsziele auf Umwegen, aber hartnäckig verfolgen können.

Parteien, die auf mehrere Koalitionsoptionen vorbereitet sein wollen, benötigen neben der programmatischen Selbstvergewisserung, die als Kompass bei taktischen Entscheidungen dient, auch ein realistisches Erwartungsmanagement, denn in koalitionspolitischen Experimenten bleiben der Konsens fragmentarisch und viele Entscheidungen unbefriedigend. Bei Mitgliedern, Anhängern und Wählern dürfen keine übersteigerten Hoffnungen geweckt werden, die im Regierungsalltag nicht eingelöst werden können und dann zu Vertrauens- und Integrationskrisen führen müssen. Es muss auf annehmbare Weise kommuniziert werden, welche inhaltlichen Erwartungen man an welche Koalitionen richten kann. Befinden sich Parteien in experimentellen Koalitionen, müssen sie mehr als zuvor die Kunst des kontrollierten Antagonismus beherrschen. Sie müssen eine höhere Frustrationstoleranz entwickeln, wenn programmatische Auffassungen oder Politikstile der Koalitionspartner divergieren. Auch bei zermürenden Alltagskompromissen müssen sie ihr Kernprofil wahren und verdeutlichen, worin trotz allem die Erfolge der jeweiligen Koalition bestehen. Für den Fall, dass dies nicht mehr in hinreichendem Maße gelingt, müssen die Parteien aber auch Begründungskorridore für Koalitionsbrüche und Koalitionswechsel offen halten. Auch die Kunst des präemptiven Koalitionswechsels müssen Parteien beherrschen lernen. Wer wie die SPD in Nordrhein-Westfalen 2000 und 2002 eine erschöpfte Koalition lediglich in Frage stellt, ohne aber letztlich den Mut zum Wechsel aufzubringen, kann seine Mehrheitsfähigkeit bald darauf einbüßen. Wer sie hingegen wie die SPD 2001 in Berlin beherrscht, kann sogar aus einer ungünstigen Ausgangslage heraus die politische Landschaft zu eigenen Gunsten entscheidend umgestalten.

STRATEGIEWAHL ZWISCHEN WÄHLERMARKT UND KOALITIONSMARKT

Da Mehrparteiensysteme nicht nur den Parteienwettbewerb im Wählermarkt offener gestalten, sondern auch einen komplexen Koalitionsmarkt hervorbringen, muss die Strategiewahl der Parteien beide Arenen im Blick haben. Was in dem einen Markt nützt, kann Nachteile in dem anderen eintragen. Stimmenmaximierung im Wählermarkt kann in einen strategischen Zielkonflikt mit der Fähigkeit geraten, durch Koalitionen Mehrheiten zu schmieden.

Die Zielkonflikte, die durch das Auseinandertreten von Wählermarkt und Koalitionsmarkt entstehen können, verlangen von den Parteien eine Differenzierung ihrer Strategie. Die bisher übliche Strategie, Regierungsbeteiligungen über Stimmenmaximierung zu erreichen, wird allerdings keineswegs obsolet. Das Kerngeschäft von Parteien, nach innen Identität zu stiften, Organisation aufzubauen und Finanzmittel einzuwerben und nach außen eine hohe Wählerattraktivität zu erreichen, bleibt bestehen. Dazu gehört insbesondere die Herausarbeitung eines programmatischen Kernprofils, das Alleinstellungsmerkmale der Parteien erkennen lässt und in annehmbarer Weise Antworten und Perspektiven für die jeweils drängenden Ordnungsprobleme bietet. In Zeiten überlappender Programmaussagen und flüchtiger Aufmerksamkeit in der Publikumsdemokratie müssen die Parteien darauf achten, dass ihnen die Verdeutlichung des Markenkerns durch attraktive, wiedererkennbare Vorhaben, Themen und Symbole gelingt. Wer über solche Duftmarken nicht verfügt, dem wird es schwer fallen, diffuse Kompetenz- und Sympathiezuschreibungen in Umfragen durch Wahlkämpfe auch in Wählerstimmen umzusetzen. Dass es der Union trotz allgemein hoher Kompetenzwerte in wichtigen Politikfeldern an solchen attraktiven Duftmarken zur Konkretisierung ihrer Position mangelte, während die SPD trotz schwacher allgemeiner Kompetenzwerte mit Mindestlohn und Bürgerversicherung über eben solche verfügte, dürfte seinen Anteil am überraschenden Wahlausgang 2005 gehabt haben.

Zu einer auf Stimmenmaximierung im Wählermarkt ausgerichteten Strategie gehört auch eine Erneuerung der Organisationskultur der Parteien. Die breit verankerte Mitgliederpartei wandelt sich zur professionalisierten Mitarbeiterpartei, immer weniger Menschen stehen neben den erhöhten Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt für eine dauerhafte, ehren-

amtliche Parteimitgliedschaft zur Verfügung. Flexiblere, situationsgebundene und punktuelle Ansprache von Zielgruppen und das Eröffnen ebenso begrenzter Mitwirkungsmöglichkeiten werden für Parteien an Bedeutung gewinnen. Jenseits der schrumpfenden Mitgliederbestände müssen die Parteien ihre unorganisierte, aber für punktuell Engagement aufgeschlossene Anhängerschaft intensiver pflegen. In Zeiten nachlassender Parteibindungen sind Wahlkämpfe weniger denn je missionarische Überzeugungsschlachten, sondern mehr denn je Mobilisierungskampagnen, die sich darin entscheiden, welcher der Parteien es in dem größten Ausmaß gelingt, eigene Anhängerschaft und Stammwähler zur Stimmabgabe zu mobilisieren.

Angesichts der komplexen Veränderungsprozesse im Wählerverhalten, in der Medienkommunikation und in der Parteiorganisation stellt die Optimierung der direkten Strategie eine enorme Herausforderung für alle Parteien dar. Und es wird auch in Zukunft viele Wahlkämpfe geben, deren Ausgangslage so beschaffen ist, dass sich für die Parteien die Frage nach dem Koalitionsmarkt nicht ernstlich stellt. In solchen Fällen ist eine direkte Strategie angezeigt, die unmittelbar und ohne Rücksichtnahme auf Konkurrenten im Parteienwettbewerb auf Stimmenmaximierung zielt und in einer Alleinregierung oder einer Wunschkoalition münden soll. In vielen Bundesländern können dominante Parteien realistisch auf den Erfolg einer solchen Strategie setzen und wären nicht gut beraten, wenn sie durch ein Kokettieren mit Koalitionsoptionen zur Verunsicherung der eigenen Anhänger und zur Ermutigung anderer Anhänger beitragen würden.

Für die Parteien besteht nun aber die besondere Schwierigkeit darin, Handlungsoptionen auf dem Koalitionsmarkt zu erweitern, ohne Glaubwürdigkeit und Authentizität auf dem Wählermarkt einzubüßen. Die Debatte in der SPD um den Umgang mit der Linkspartei hat dieses Dilemma vor und nach der hessischen Landtagswahl von 2008 eindrucksvoll illustriert. Wer nur auf ein klares Profil und eine scharfe Abgrenzung von politischen Konkurrenten setzt, kann zwar unter Umständen auf dem Wählermarkt relative Vorteile erringen. Aber wenn es nicht gelingt, mit anderen Parteien Mehrheiten zu bilden, können Wahlerfolge zu Pyrrhus-Siegen geraten, bei denen sich der vermeintliche Wahlsieger unvermittelt in der Opposition wiederfindet. Parteien müssen sich daher vor Wahlkämpfen rechtzeitig entscheiden, ob ihr strategisches Ziel die Regierungsbeteiligung, die Maximierung des Stimmenanteils oder die Wahrung ihrer

programmatischen Kohärenz oder gar ihrer Problemlösungsfähigkeit ist. Unter Beachtung der jeweiligen Umstände werden die Parteien in dieser Frage zu verschiedenen Antworten gelangen und in parallelen Wahlkämpfen verschiedene Strategien verfolgen müssen, je nachdem ob sie sich auf Stimmenmaximierung im Wählermarkt konzentrieren können oder ob sie gezwungen sind, wegen ihrer schwachen Stellung im Koalitionsmarkt andere Prioritäten zu setzen.

Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Koalitionsstrategien lässt sich aus Sicht der Parteien nur glaubwürdig kommunizieren, wenn ihre Profilbildung regionalisiert wird und die regionalen Parteiverbände auf der Bundesebene das Spektrum verschiedener Optionen verkörpern. So wird die CDU in Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen Wahlkämpfe auf den Gewinn absoluter Mehrheiten oder auf die Bildung einer Koalition mit der FDP ausrichten können, hingegen kann es in Bundesländern wie Hamburg oder Berlin zur selben Zeit erforderlich sein, jenseits des Bewährten andere Koalitionsoptionen zu eröffnen. Das Beispiel der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass eine reine Wählermarktstrategie nicht in jedem Fall klug wäre: Aus Sicht der CDU, die sich in einem Drei-Parteien-System einer SPD-PDS-Koalition gegenüber sah, hätte eine bloße Stimmenmaximierung nicht ausgereicht. Erst ein schwaches Ergebnis, das die Führungsrolle der SPD denkbar knapp bestätigte, und das Erstarken kleiner Parteien, das die bisherige Regierungsmehrheit zusammenschmelzen ließ, machten es möglich, dass die SPD auf eine – knapp mögliche – Fortsetzung der bisherigen Koalition verzichtete und die CDU als Regierungspartner auf Augenhöhe akzeptierte. Wäre die CDU nach einem profilierten Wahlkampf zulasten der SPD oder kleinerer Parteien hingegen die stärkste Partei geworden, wäre sie vermutlich nicht bei der Regierungsbildung zum Zuge gekommen.

Daraus wird ersichtlich, dass entscheidende Geländegewinne auf dem Koalitionsmarkt gelegentlich erst durch ein schwaches Abschneiden auf dem Wählermarkt möglich werden. Dies zeigt zugleich, dass ein offensichtliches Ausrichten der Strategie auf den Koalitionsmarkt zu einer empfindlichen Schwächung auf dem Wählermarkt führen kann. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des Auftritts im Wahlkampf können darunter leiden. Mögliche Gewinne bei Wechselwählern werden in solchen Fällen durch die Einbußen bei irritierten und unzureichend mobilisierten Stammwählern zumindest aufgewogen.

Die Optionen auf dem Koalitionsmarkt zu erweitern, ohne auf dem Wählermarkt allzu starke Einbußen zu erleiden – und dadurch auch auf dem Koalitionsmarkt erreichbare Positionen zu verlieren –, verlangt eine differenziertere Strategie, denn die unverhüllte Kommunikation neuer Optionen kann zumal in Wahlkämpfen eine empfindliche Schwächung von Selbstbewusstsein und Attraktivität signalisieren. Sie könnte im Anschluss an den britischen Militärwissenschaftler Basil H. Liddell Hart als „indirekte Strategie“⁵ bezeichnet werden.

Eine indirekte Strategie, die diese Zielkonflikte zu umgehen versucht, kann auf unterschiedlichen Wegen verfolgt werden. Verschiedene Abstufungen des strategischen Handelns sind möglich. So kann bereits die Pflege einer stillen Konsultationskultur zwischen den Parteien Vertrauen aufbauen, auf das bei allfälligen Regierungsbildungen zurückgegriffen werden kann. Darüber hinaus bieten die Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik vor allem wegen der Rolle des Bundesrates und der Verwaltungsfunktion der Bundesländer auch Gelegenheiten, bei denen andere Parteien über bestehende Koalitionen hinaus in sachorientierte Verhandlungen einbezogen werden müssen. Damit kann ihnen Anerkennung als möglicher politischer Partner signalisiert werden, wie dies etwa bei der Einbindung der FDP durch die SPD-Grüne-Koalition bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 1999 oder bei der Steuerreform 2000 der Fall war. Noch deutlicher wären offene Sondierungsangebote im Vorfeld von Regierungsbildungen (z.B. zwischen CDU und Grünen nach der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg) oder personalpolitische Signale, wie sie gelegentlich bei der Wahl des Bundespräsidenten, des Bundestagspräsidenten oder bei der Besetzung von Bundesrichterstellen gesetzt werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt einer indirekten Strategie kann darin liegen, Themen programmatisch zu besetzen, die zwar mit dem eigenen Markenkern vereinbar sind, insofern also nicht irritierend auf die Anhängerschaft wirken, die aber die Anschlussfähigkeit an potentielle Koalitionspartner erhöhen. Mit ihnen kann man signalisieren, dass man bestimmte Problemwahrnehmungen eines potentiellen Partners teilt und Chancen auf gemeinsame Lösungen anerkennt. Eine solche programmatische Erweiterung sendet nach außen Signale der Kooperationsfähigkeit und nach innen Signale eines Vorbereitens und Einstimmens auf neue Optionen. Ob beispielsweise die Grünen den Begriff der Nachhaltigkeit auf Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik übertragen und sich damit ordnungs-

politischen Vorstellungen von Union und FDP annähern oder ob sie auf dem Felde der Sozialpolitik kollektivistische Konzepte von Einheitsschule, Bürgerversicherung und bedingungslosem Grundeinkommen ausformulieren, lässt sich beides aus dem Markenkern der Partei plausibel ableiten, bedeutet aber jeweils eine andere Weichenstellung für Koalitionsoptionen.

Eine indirekte Strategie kann also in diesem Sinne positiv darauf gerichtet sein, das eigene Image bei einem potentiellen Partner und dessen Image in den eigenen Reihen zu verbessern. Solche indirekten Strategien können daher auch als positive Strategien bezeichnet werden, weil sie darauf abzielen, neue Schnittmengen und Koalitionsoptionen ausdrücklich und positiv zu benennen. Subtiler und unverfänglicher wären dagegen solche indirekten Strategien, die man als negative Strategien bezeichnen könnte, da man nicht mit positiven Angeboten an potentielle Partner jongliert, sondern in einem negativen Sinne Feindbilder definiert und damit die gemeinsame Abgrenzung potentieller Partner gegenüber anderen Parteien erleichtert. Der Vorteil solcher negativer Strategien im Vergleich zu positiven Strategien besteht darin, dass sie weniger Gefahr laufen, ungünstige und irritierende Wirkungen auf dem Wählermarkt auszulösen.

Politische Strategie kommt ohnehin kaum ohne Feindbilder aus. Feindbilder tragen zur Integration von Parteien viel bei, da sie von der Notwendigkeit entlasten, die eigene Position allzu präzise festzulegen. Eine in sich heterogene Gruppe erzeugt ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl, wenn sie sich zumindest über eine abschreckende Wahrnehmung der Gegenseite verständigt hat. Feindbilder können nicht beliebig konstruiert werden, sondern müssen um ihrer Glaubwürdigkeit willen an etablierten Vorstellungen anknüpfen. Aber es besteht durchaus ein gewisser Spielraum, um sie je nach strategischer Situation zu akzentuieren und zu justieren. Wem es gelingt, eine Feindbildwahrnehmung durchzusetzen, muss bei den eigenen Anhängern weniger offensive Überzeugungsarbeit für Koalitions- oder Sachentscheidungen aufbringen, sondern kann sich zu einem gewissen Grade darauf verlassen, dass diejenigen, die sich ein Feindbild zu eigen gemacht haben, daraus selbst auch Schlussfolgerungen für politische Optionen und Tabus ziehen.

Die Neujustierung von Feindbildern kann zwei Zwecken dienen: Erstens kann eine schärfere Herausarbeitung einzelne Koalitionsoptionen ausschließen und dadurch indirekt und stillschweigend andere Koalitions-

optionen nahelegen. Zweitens kann eine behutsame Schleifung von Feindbildern bisher bevorzugten Optionen ihre Selbstverständlichkeit nehmen und neue Optionen denkbar machen. Dabei darf man aber nicht nur eigene Anhänger, sondern muss auch dritte Parteien im Blick haben. Nur wem es gelingt, ein Feindbild des direkten Konkurrenten durchzusetzen, das auch aus der Perspektive von dritten Parteien plausibel ist, kann damit koalitionspolitische Allianzen befördern. Wem dies hingegen nicht gelingt, der kann sich selbst ins Abseits manövrieren. So kann die SPD zwar durchaus den Versuch unternehmen, die CDU als „neoliberal“ zu etikettieren, aber eine solche Feindbildkommunikation ist nur ratsam, wenn die SPD damit die Bereitschaft zu einer Koalition mit der Linken erhöhen will. Setzt sie hingegen auf eine Koalition unter Einbeziehung der FDP als strategisches Ziel, wäre der „Neoliberalismus“-Vorwurf an die CDU jedoch ausgesprochen kontraproduktiv: Weder ließe sich mit einer solchen Grundmelodie den eigenen Anhängern dann eine Koalition mit der gewiss noch viel „neoliberaleren“ FDP glaubhaft vermitteln, noch könnte man sich dann der FDP als attraktiver und näher stehender Partner empfehlen. In diesem Fall wäre die SPD besser beraten, die CDU in der Innen- und Sicherheitspolitik als Gefahr für bürgerliche Freiheitsrechte zu attackieren und damit indirekt auf gemeinsame Schnittmengen zur FDP hinzuweisen. Umgekehrt stellt sich für die Union die Frage, wie ein sozialdemokratisches und auf die Linke gemünztes Feindbild aussehen könnte, dessen Kritikpunkte auch von der FDP und den Grünen geteilt werden, dessen Durchsetzung die Schnittmengen der nichtsozialistischen Parteien verdeutlicht und insbesondere den Grünen die Scheu davor nimmt, sich in das bürgerliche Lager zu integrieren. Positive Strategien, die auf die Durchsetzung neuer Leitbegriffe setzen, und negative Strategien, die neue Feindbilder etablieren sollen, können parallel eingesetzt werden, müssen aber zueinander kohärent sein und in ihrer Gesamtwirkung dominante Konfliktlinien herausarbeiten.

DIESSEITS UND JENSEITS DER POLITISCHEN MÄRKTE

Die Union dürfte auf mittlere Sicht die besseren Aussichten auf dem Wählermarkt haben, zumal die regionale Arbeitsteilung zwischen CDU und CSU auch in Zukunft die Integrationsleistung der Union als Ganzes begünstigen wird. Die primäre Ausrichtung auf die FDP und die mangelnde Notwendigkeit, sich in grundsätzliche Richtungsdebatten über Koalitionen mit eventuellen Rechtsparteien zu verstricken, erhöht die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Union und macht sie für ihre Anhänger-

schaft attraktiver. Sie hat daher gute Chancen, ihre Stellung als größte Wählerpartei auf einem Niveau von 35 bis 40 Prozent zu behaupten. Die SPD hingegen dürfte auf mittlere Sicht Schwierigkeiten haben, sich deutlich über der 30 Prozent-Marke zu halten, nachdem sie die Regierungsverantwortung von 1998 bis 2005 erneut mit der Abspaltung einer konkurrierenden Partei bezahlt hat und die Partei „Die Linke“ tief in sozialdemokratische Kernmilieus eindringt. Allerdings hat die SPD gegenüber der Union eindeutige Vorteile auf dem Koalitionsmarkt, da sie mit allen konkurrierenden Parteien koalitiert hat und koalieren kann. Da sie mehr Alternativen hat, ist ihr Drohpotential in Großen Koalitionen auf Bundes- und Landesebene deutlich größer. Gelingt es ihr, ihre vorteilhafte Stellung auf dem Koalitionsmarkt zu nutzen, könnte sie selbst nach dem Verlust ihres Status als Volkspartei mit einem Stimmenanteil von 25 bis 30 Prozent die Union als dominante Regierungspartei verdrängen. Ohne Erweiterung ihrer Koalitionsoptionen läuft die Union hingegen Gefahr, dass Regierungsbildungen trotz ihres Vorsprungs auf dem Wählermarkt ohne sie erfolgen.

Vieles spricht dafür, dass der programmatische Wettbewerb der Parteien sich in Zukunft an der Konfliktlinie Individualismus vs. Kollektivismus entscheidet: Soll Politik vom Einzelnen und seinen freiwilligen Gruppenbildungen her gedacht werden oder bilden große Kollektive den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Politik dem Einzelnen seinen Platz zuweisen soll? Während Linke, SPD und FDP sich in dieser Frage klar positioniert haben, changieren die Grünen und Teile der Union. Einiges deutet darauf hin, dass sich im wiedervereinigten Deutschland die Waagschale bereits zugunsten kollektivistischer Ordnungsvorstellungen geneigt hat, weil der Wohlfahrtsstaat auf lange Sicht von Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsdenken entwöhnt und bequemere Lebenserfahrungen hervorbringt und belohnt. Es wäre freilich kurzfristig zu glauben, dass man seine Mehrheitsfähigkeit nur durch Konzessionen an den Zeitgeist erhalten könne. Wer so denkt, hat seinen politischen Gestaltungswillen bereits aufgegeben und wird sich langfristig in eine strategische Abseitsposition ohne Deutungsmacht und ohne Anziehungskraft manövrieren. Trotz aller kurzfristigen und situativen Herausforderungen, die sich für die Parteien im Wählermarkt und im Koalitionsmarkt beim Kampf um die Erringung und Verteidigung von Macht stellen, erfordert eine weitblickende, über das Tagesgeschehen hinausweisende Strategie, dass die Parteien sich mit dem gegebenen Stand an Werten und Meinungen nicht abfinden. Es liegt zumindest in einem gewissen Maße in ihrer

Hand, durch substantielle Reformpolitik Lebensdeutungen, Lebenserfahrungen und Werte der Menschen auf lange Sicht zu beeinflussen und damit den Grundkonsens über Ordnungsprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens mitzugestalten. Wem dies am besten gelingt, der hat auch größere Chancen, sich im anspruchsvollen Tagesgeschäft von Wählermarkt und Koalitionsmarkt mit seinen Angeboten durchzusetzen.

- 1| *Zur Strategieproblematik von Parteien siehe Raschke, Joachim / Tils, Ralf: Politische Strategie. – 2. Aufl. – Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt, 1962.*
- 2| *Burns, James MacGregor: Leadership. – 1. Aufl. – New York: Harper & Row, 1998.*
- 3| *Herzog, Roman: Eine fundamentale Veränderung unseres Regierungssystems. In: Süddeutsche Zeitung vom 5. März 2008.*
- 4| *Zum Beispiel Arnim, Hans Herbert von: Das System. Die Machenschaften der Macht. – 1. Aufl. – München: Droemer, 2001. – S. 336-341.*
- 5| *Liddell Hart, Basil H.: Strategie. – Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt, 1961.*